SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Wahlforschung und Demokratie: eine Bilanz am Ende des Jahrhunderts

Kaase, Max

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kaase, M. (1999). Wahlforschung und Demokratie: eine Bilanz am Ende des Jahrhunderts. *ZUMA Nachrichten*, *23*(44), 62-82. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-208188

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WAHLFORSCHUNG UND DEMOKRATIE. EINE BILANZ AM ENDE DES JAHRHUNDERTS

MAX KAASE

Die Wahl- und Umfrageforschung in Deutschland ist Teil unserer pluralistisch-demokratisch verfaßten Gesellschaftsordnung und erfüllt in der Gegenwart eine doppelte Aufgabe, nämlich die Information über die Bürger, d. h. der Gesellschaft über sich selbst, und die Information der Bürger. Der Beitrag beschreibt die Entwicklung der internationalen Wahlforschung und der Umfrageforschung in Deutschland, setzt sich mit der aktuellen Situation der Empirischen Sozial- und Wahlforschung auseinander, diskutiert die Qualität von Umfragen und den verantwortlichen Umgang mit ihren Ergebnissen und schließt mit einem Ausblick auf die Zukunftsperspektiven der Umfrage- und Wahlforschung. Es handelt sich dabei um den Festvortrag zum 25jährigen Bestehen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Mannheim) am 18. Januar 1999 in Mannheim.

Electoral research in Germany is part of our democratic, pluralistic political order. In these days, it performs a double function: to inform society at large about the political beliefs, attitudes and behaviours of the citizenry, and to inform citizens. This paper briefly describes the development of international electoral research and of survey research in general in the Federal Republic of Germany. Then it deals with the present-day situation of social research, discusses the quality of survey research as well as the way of how to responsibly use its results, and closes with a view on its future. This paper was given at the 25th anniversary celebration on January 18, 1999, of the Mannheim based Forschungsgruppe Wahlen.

1. Zur Demokratie in Deutschland

1999 feiert nicht nur die Forschungsgruppe Wahlen 25jähriges Jubiläum; am 23. Mai 1999 liegt es auch 50 Jahre zurück, daß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet worden ist. Nicht zuletzt dieses Datum ruft mir in Erinnerung, was das zu Ende gehende Jahrhundert für Deutschland bedeutet hat. In diesen 100 Jahren bündeln sich gleichermaßen negative wie positive Ereignisse und Erfahrungen:

- Deutschlands gesellschaftliche und politische Eliten sind für zwei Weltkriege verantwortlich, die in Europa einen ungeheuren Blutzoll gefordert haben;
- Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit trugen dazu bei, daß der Versuch, der Demokratie in der Weimarer Republik eine feste Grundlage zu verschaffen, fehlschlug;
- damit wurde der Weg für das nationalsozialistische Terrorregime bereitet, das in einer fast vollständigen Auslöschung der europäischen Juden und damit in einer Abkehr von allen Humanitätsidealen gipfelte;
- dem verlorenen Krieg folgte die Vertreibung vieler Deutscher aus ihrer Heimat und nicht zuletzt die deutsche Teilung.

Dieses Jahrhundert brachte Deutschland aber auch die Chance,

- einen dauerhaften Frieden mit seinen Nachbarn zu schließen,
- mit dem „Wirtschaftswunder“ seinen Bürgern wieder eine sichere Lebensgrundlage zu verschaffen, und, last but not least,
- auf dieser Grundlage einen erneuten Versuch zu unternehmen, Deutschland als eine stabile Demokratie zu etablieren.

Die politische Ordnungsform der Demokratie kann sich in sehr unterschiedlichen institutionellen Arrangements verwirklichen; für den Zweck dieses Vortrags mag es genügen, Demokratie als auf Dauer gestellten Wettbewerb zwischen politischen Parteien auf rechtsstaatlich-konstitutioneller Grundlage mit dem Ziel der Sicherung von individuellen Grund- und Freiheitsrechten zu begreifen. Einfacher und plastischer hat der 16. Präsident der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, die Essenz von Demokratie am 19. November 1863 in seiner berühmten Gettysburg Address formuliert, als er von „government of the people, by the people, for the people“ sprach. Gerade im Zusammenhang mit dem Thema meines heutigen Referates ist dabei der mehrfache Bezug auf die Bürger als die entscheidenden Träger und Quellen von Demokratie von Bedeutung.

Fünfzig Jahre stabiler Demokratie in Deutschland mögen gelegentlich den Blick für den Umstand trüben, daß Demokratie und ihre Bewahrung keine Selbstverständlichkeiten sind. In diesem Zusammenhang lohnt es sich daher, an Samuel Huntingtons Analyse in seinem Buch von 1991 „The Third Wave“ zu erinnern. In dieser Arbeit weist er darauf hin, daß allein in diesem Jahrhundert drei Wellenbewegungen des Übergangs zwischen demokratischer und totalitärer bzw. autoritärer Herrschaft zu verzeichnen sind. Am Beginn der dritten Welle in den Jahren 1989/90 steht der epochale Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa und die Transition zu demokratisch verfaßten Staaten, wobei, insbesondere wenn man an Rußland denkt, keinesfalls sicher ist, ob der Übergang zur Demokratie dauerhaft gesichert ist. Zwar kann dieses Thema hier nicht weiter vertieft werden. Gezogen werden soll aus der Analyse von Huntington jedoch

eine wichtige Schlußfolgerung: Demokratie ist ein schwieriges Regierungssystem, ein System, das krisenanfällig ist und das immer wieder Fragen nach totalitären oder autoritären Alternativen provoziert. Gerade die historischen Belastungen und Fehlschläge der Demokratisierung in Deutschland sollten für dieses Problem sensibilisieren, auch wenn ich geneigt bin, unserem Land für das 21. Jahrhundert eine optimistische Prognose zu stellen. Denn es lohnt sich, daran zu denken, daß der Weimarer Republik nur 14 Jahre einer dazu noch äußerst fragilen Existenz beschert waren, während alleine schon Helmut Kohl als Bundeskanzler 16 Jahre die Regierungsgeschäfte geführt hat.

Daß sich die demokratische Ordnung in Deutschland nach 1949 so festigen konnte, ist auf eine Reihe von Einflußgrößen zurückzuführen. Genannt werden sollen hier nur

- der glückliche Wurf einer auch heute noch tragfähigen Verfassung, des Grundgesetzes,
- die institutionelle Struktur einer parlamentarischen Demokratie in Verbindung mit ihrer föderalen Ausgestaltung,
- die Entscheidung für eine freie, gleichzeitig jedoch sozialen Prinzipien verpflichtete Marktwirtschaft,
- ein lebendiges System von privaten Vereinen,
- leistungsfähige Interessengruppen, zwar mit einer gelegentlichen Tendenz zur gegenseitigen Blockierung, aber auch eben zur gegenseitigen Kontrolle,
- ein pluralistischen Prinzipien verpflichtetes System von Massenmedien, sowie
- eine frühzeitige außenpolitische Integration der Bundesrepublik in westlichen Demokratievorstellungen verpflichtete Allianzen (zu denken ist dabei besonders an den Eintritt der Bundesrepublik schon 1951 in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, an die 1957 geschlossenen Römischen Verträge zur Herstellung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und an die 1967 erfolgte Gründung der Europäischen Gemeinschaft; schließlich an die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft NATO).

Schon diese Aufzählung, die sicherlich nicht vollständig ist, weist auf die Vielzahl von Faktoren hin, welche sämtlich gegeben sein mußten, um die prinzipielle Akzeptanz der Demokratie in Deutschland durch die Bevölkerung zu ermöglichen, selbst wenn sich diese Akzeptanz erst langsam entwickelte. Allerdings ist man sich heute in Politik und wissenschaftlicher Literatur einig, daß Deutschland nun zu den „normalen“ Demokratien zählt. Nur auf dieser sicheren Grundlage war übrigens die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 möglich, ohne angesichts der Größe dieser Aufgabe politische Erschütterungen nach sich zu ziehen. Wie groß die Bewährungsprobe der Integration der DDR als eines totalitären politischen Systems in die politische Ordnung der Bundesrepu-

blik war, läßt sich inzwischen erst richtig ermessen, wenn man bedenkt, wie langwierig und problematisch die Integration der beiden Gesellschaften verläuft.

Nun ist die Demokratie im Kern eine politische Ordnung, in der sich politische Herrschaft immer wieder neu konstituieren und legitimieren muß; das zentrale Verfahren dieser Legitimierung sind die regelmäßigen Parlamentswahlen auf allen Ebenen des politischen Systems. In diesem Zusammenhang ist an Rudolf Wildenmann, einen der Gründer der Forschungsgruppe Wahlen, zu erinnern, der in seinen wissenschaftlichen Arbeiten stets die Chance des Machtwechsels durch Wahlen als ein konstitutives Element von Demokratie hervorgehoben hat. Zwar werden von vielen politische Wahlen wegen ihrer mangelnden Differenzierungsfähigkeit in bezug auf politisch-programmatische Positionen häufig in Frage gestellt, und ich selber habe 1982 mit dem Begriff der „partizipatorischen Revolution“ darauf hingewiesen, daß Wahlen in modernen Demokratien vermutlich zunehmend an Bedeutung verlieren. Dieses ist jedoch eine zu einseitige Perspektive, weil sie die Bedeutung des „voting the rascals out“ für die Legitimierung demokratischer Herrschaft nicht hinreichend würdigt. Es liegt auf der Hand, in diesem Zusammenhang auf den Regierungswechsel nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998 hinzuweisen, der bekanntlich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik unmittelbar, d. h. durch das Votum der Wähler, erzwungen worden ist, während die beiden Regierungswechsel 1969 und 1982 jeweils durch eine Veränderung der Koalitionspräferenz des kleineren Partners, der FDP, zustande gekommen waren.

Bedenkt man die möglichen gesellschaftlich-politischen Richtungsänderungen durch Regierungswechsel, so kann nicht überraschen, daß bereits zu Beginn der Demokratisierungswelle in Europa ausgangs des 19. Jahrhunderts die Öffentlichkeit ein großes Interesse an Wahlen, insbesondere an nationalen Wahlen, gezeigt hat. Entsprechend resultierte daraus sehr früh ein Engagement von Sozialwissenschaftlern an der Erforschung von Wahlen, das entscheidend zum hohen Entwicklungsstand und zur Kontinuität dieses Teilgebiets der Politischen Soziologie beigetragen hat. Noch weniger überrascht der hohe Stellenwert der Berichterstattung über Wahlen in den Massenmedien; in den Vereinigten Staaten wird in diesem Zusammenhang nicht zuletzt ihr horse-race-Charakter, d. h. die Frage nach den möglichen Gewinnern von Wahlen, als ein für das Publikum besonders attraktives Element hervorgehoben. Beide Aspekte zusammengenommen - politische Bedeutung und öffentliche Aufmerksamkeit - haben daher immer schon eine enge Verbindung zwischen Empirischer Sozialforschung und Massenmedien, seien sie nun öffentlich-rechtlich oder privat organisiert, vorprogrammiert.

Ein herausragender Wegbereiter dieser Verbindung war sicherlich Paul F. Lazarsfeld, der als österreichischer Emigrant in den USA in den späten 30er Jahren zu den Mitbegründern der

Hörerforschung und damit der modernen Massenkommunikationsforschung in den USA gehört hat (er wurde 1937 erster Direktor der Forschungsstelle für Rundfunkforschung an der Princeton University; die Forschungsstelle wurde 1939 an die New Yorker Columbia University transferiert und ging dort später in das Institut für Angewandte Sozialforschung auf; siehe hierzu Lazarsfeld 1975: 153, 185-204).

2. Zur Entwicklung der internationalen Wahlforschung und der Umfrageforschung in Deutschland

Sicherlich ist einer der wichtigsten Gründe für das Aufblühen der Umfrageforschung allgemein und damit auch der empirischen Wahlforschung der Fehlschlag einer Voraussage des Ausgangs der amerikanischen Präsidentschaftswahl von 1936 gewesen, welche die Zeitschrift „Literary Digest“ veröffentlicht hatte. Diese Zeitschrift hatte mehrfach Wahlprognosen auf der Grundlage von Lesereinsendungen vorgenommen; bei dieser Wahl hatten sich ca. zehn Millionen Amerikaner beteiligt. Wie sich herausstellte, konnte jedoch über diese Art der „Prognose“ die Wahl von Franklin D. Roosevelt und seiner Politik des New Deal nicht korrekt vorausgesagt werden. Vielleicht wäre man über diese Fehlprognose nach einiger Zeit zur Tagesordnung übergegangen, hätte nicht eine von George Gallup organisierte repräsentative Befragung von ca. 6000 Amerikanern das Ergebnis der Wahl im wesentlichen richtig getroffen. Eine entscheidende Voraussetzung für diesen Erfolg war, daß die Befragten auf der Grundlage stichprobentheoretischer Überlegungen nach dem Zufallsprinzip (jedes Mitglied der Grundgesamtheit muß eine gleiche oder berechenbare Auswahlchance aufweisen) ausgewählt worden waren. Damit hatte sich zum ersten Mal die Überlegenheit einer wissenschaftlichen Methoden folgenden Befragung von Bürgern erwiesen, wobei dieser Erfolg einerseits das Ende der Zeitschrift Literary Digest und andererseits die erfolgreiche Etablierung des Umfrageinstituts von George Gallup nach sich zog.

In diesem Zusammenhang verdient übrigens auch Erwähnung, daß, nachdem sich im Prinzip die Befragung von repräsentativ ausgewählten Bevölkerungsquerschnitten in den USA bereits durchgesetzt hatte, der knappe Sieg von Truman über Dewey bei der Präsidentschaftswahl von 1948 dennoch lediglich von Angus Campbell und seinen Mitarbeitern am Survey Research Center der University of Michigan nicht zuletzt deswegen korrekt prognostiziert worden war, weil sie ein neues Stichprobendesign entwickelt hatten. Über diesen Erfolg berichtet das kleine, von Campbell und Kahn 1952 veröffentlichte Buch „the people elect a president“; man geht wohl nicht zu weit, wenn man spekuliert, daß damit ein entscheidender Durchbruch zum Erfolg des Institute for Social Research an

der University of Michigan in Ann Arbor geschafft worden war, das bald zum Mekka der Forschung für Sozialwissenschaftler aus aller Welt wurde.

In den USA hat die Empirische Sozialforschung sicherlich zum einen von epochalen, wissenschaftliches Neuland betretenden Studien wie den während des 2. Weltkrieges und danach im Auftrag des Research Branch, Information and Education Division, War Department, unter der Regie von Samuel A. Stouffer, Louis Guttman, Paul F. Lazarsfeld und anderen durchgeführten Untersuchungen zum American Soldier profitiert (Stouffer u.a. 1950). Ähnlich beispielhaft in ihrem methodologischen Ansatz ist die 1948 veröffentlichte Panelstudie von Paul F. Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet „The People's Choice“ zur amerikanischen Präsidentschaftswahl von 1940 zu beurteilen. Die genannten Arbeiten sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs einer zunehmenden Weiterentwicklung, Routinisierung und Akzeptanz der systematischen Umfrageforschung in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Daß diese Entwicklungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges relativ schnell in die Bundesrepublik Deutschland diffundierten, ist nicht zuletzt der amerikanischen Besatzungsmacht zuzuschreiben. Schon 1945 wurde im Rahmen des Office of the Military Government United States (OMGUS) in Deutschland die Opinion Surveys Section etabliert, die für die amerikanische Besatzungsmacht in der amerikanischen Zone eine Vielzahl von Befragungen durchführte und ab 1950 unter der Regie des High Commissioner Office Germany (HICOG) der Vereinigten Staaten zum Reactions Analysis Staff wurde. Die dort zwischen 1945 und 1955 entstandenen Untersuchungen sind seit langem in Arbeiten des Ehepaares Merritt dokumentiert (Merritt und Merritt 1970; 1980; Merritt 1995). Von besonderem Wert für an dieser Entwicklung Interessierte sind sicherlich die hierzu in den ZUMA-Nachrichten Nr. 43 vom November 1998 veröffentlichten Erinnerungen von Wolfgang Schaefer und Mungo Miller; Schaefer war seinerzeit als einer der ersten deutschen Mitarbeiter in diese von den Amerikanern aufgebaute Forschungsgruppe rekrutiert worden. In dieser Publikation ist auch nachzulesen, daß eines der qualitativ besten Sozialforschungsinstitute der Nachkriegszeit durch in diesen amerikanischen Gruppen trainiertes deutsches Personal aufgebaut worden war, das Deutsche Institut für Volksumfragen (DIVO) in Frankfurt am Main, das schon lange nicht mehr existiert.

Von besonderem Interesse für die folgenden Überlegungen ist der Umstand, daß es den Amerikanern bei diesen Aktivitäten nicht nur um die Schaffung von Informationsgrundlagen für die Besatzungspolitik ging. Vielmehr stand dahinter von Anfang an auch ein genuin demokratischer Impetus, der Glaube an die demokratische Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen, über die auch außerhalb von Wahlen die politischen Einstellungen und Präferenzen der Bürger in ihr Recht gesetzt wurden. Diese Aussage läßt sich

leicht durch ein Zitat aus einem Kurzreferat belegen, das Leo P. Crespi 1951 auf einer wissenschaftlichen Tagung in Weinheim hielt, die das erste und auch heute noch wegen seiner Bedeutung erinnerte Zusammentreffen der deutschen empirischen Sozialforscher nach dem Krieg darstellte. Crespi sagte dort:

„We have tried to provide aid not only because of a general interest in helping scientific colleagues, but also because we feel that public opinion research has so much to contribute to really democratic functioning of social institutions. It is our belief that the understanding that polling can provide of the values, fears, aspirations, and confusions of the rank and file of a citizenry has much to offer to any government that would be for the people and by the people." (Crespi 1951: 215)

Bemerkenswerterweise wurde auf derselben Tagung eine ganz ähnliche Position auch von Theodor W. Adorno vertreten, die wegen der dort zum Ausdruck gebrachten demokratietheoretischen Aspekte ebenfalls eine wörtliche Zitierung verdient:

„Der Typus Wissenschaft, den diese Tagung vertritt und für den es an einem Namen fehlt, während das Gemeinsame unverkennbar ist, dieser Typus Wissenschaft ist in Deutschland erst in den letzten Jahren stärker hervorgetreten. Vor dem Ersten Weltkrieg und während der Weimarer Republik gehörten ihm nur Einzelenqueten an, ohne daß er als solcher, als Disziplin eigener Art konstituiert gewesen wäre. Während der Hitlerdiktatur war er, nach dem damals üblichen Jargon, unerwünscht. Insbesondere im „Public Opinion Research", in dem Bereich, für den sich mittlerweile das unglückliche Wort „Meinungsforschung" eingebürgert hat, sahen die Nazis mit gutem Instinkt ein demokratisches Potential. Daß der statistischen Auswertung jede Stimme gleich viel gilt, daß der bei der Bildung von Querschnitten so wichtige Begriff des Repräsentativen kein Privileg kennt, erinnerte allzu sehr an die freie geheime Wahl, mit der denn auch die einschlägigen Erhebungen den Namen „Poll" teilen. Der amerikanische Einfluß seit 1945, das starke, wenngleich unartikulierte Bedürfnis der Menschen, ihre Urteile, Wünsche und Bedürfnisse nicht bloß auf dem Stimmzettel geltend zu machen, kam den Methoden des „Social Research" im Nachkriegsdeutschland entgegen.
...Das demokratische Potential, das ich erwähnte, bedeutet angesichts der vielfältigen Verwendbarkeit der empirischen Sozialforschung für partielle Zwecke unsere oberste Verpflichtung. Wir haben uns davor zu hüten, die Menschen, mit denen wir uns befassen, als bloße Quanten zu sehen, deren Denken und Verhalten blinden Gesetzen unterliegt. Wir wissen, daß sie auch dann Menschen mit der Möglichkeit freier Selbstbestimmung und Spontaneität bleiben, wenn sie in ihnen selber undurchsichtige Zusammenhänge eingespannt sind und daß an diesem Element des Spontanen und Bewußten das Gesetz der großen Zahl seine Grenzen hat." (Adorno 1952: 27-28)

Adornos Zitat belegt also einerseits erneut, nun aus deutschem Blickwinkel, das demokratische Potential, das der Umfrageforschung zugeschrieben wird; er benennt anderer-

seits allerdings auch schon die Sorgen - immer mit Blick auf den Bürger als den demokratischen Souverän - um einen eventuellen Mißbrauch dieser Forschung.

Viel härter, und dann in erster Linie bezogen auf den politischen Prozeß und die Dignität der politischen Institutionen und Akteure, fällt die Kritik an der Umfrageforschung aus, die Wilhelm Hennis 1957 in seinem Buch „Meinungsforschung und repräsentative Demokratie“ geäußert hat. Hintergrund dieser Kritik ist vermutlich zum einen die damals bereits erfolgreich verlaufene Institutionalisierung der kommerziellen Umfrageforschung in Deutschland, und zum anderen, wohl noch wichtiger, die zunehmende Verwendung der Ergebnisse von Umfragen in der Politik.

Gerade vor diesem Hintergrund ist übrigens ein Zeitzeugeninterview von Elisabeth Noelle-Neumann von Interesse, das sie im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 der Zeitschrift „Merkur“ gegeben hat, und das in einer Sonderausgabe der Zeitschrift zur Demoskopie vom 11. September 1987 abgedruckt ist. Dort berichtet sie unter anderem,

- daß Ludwig Erhard beim Institut für Demoskopie Allensbach schon 1949 Ergebnisse der Empirischen Sozialforschung nachgefragt habe,
- daß sie und ihr Mann Peter Neumann ihre Dienste zunächst der SPD (Carlo Schmid, Fritz Heine) angeboten hätten, diese aber nach Rücksprache mit Kurt Schumacher von der SPD mit dem Argument abgelehnt worden seien, es fehle am Geld für diese Forschungen, und
- daß sie sich erst danach an Konrad Adenauer mit dem Angebot gewendet hätten, ihn mit Ergebnissen der Umfrageforschung zu beraten, und Adenauer sich dieser Chance umgehend bemächtigt habe, und zwar sowohl für die damalige Bundesregierung als auch für seine Partei CDU.

Daß Ergebnisse der Umfrageforschung nicht nur für die Bundesregierung und die CDU, sondern auch, mit einer gewissen Verspätung, für die SPD zunehmend bedeutsam wurden, hat eine von Hetterich vorgelegte Dissertation (1998) eindeutig belegt. So ist es verständlich, daß Wilhelm Hennis, dem zeitlebens an der hohen Qualität des demokratischen Prozesses und der Verantwortung der Inhaber von Herrschaftspositionen gegenüber der politischen Gemeinschaft gelegen war, diese Entwicklung mit Mißtrauen und Kritik verfolgt hat. In seinen Worten:

„Nach allem kann man mit Sicherheit sagen, daß die Meinungsumfragen in der Bundesrepublik zu einem anerkannten Instrument des politischen Kampfes avanciert sind, das aus der Technik moderner Herrschaftsformen kaum mehr weggedacht werden kann. Das um so mehr, als die Entwicklung gerade der westdeutschen Gesellschaft und ihres Parteiensystems dieses Instrument vom Gesichtspunkt des Machterwerbs aus immer unentbehrlicher macht.“ (Hennis 1957: 9)

Sein Buch ist in erster Linie eine fulminante Abrechnung mit dem Anspruch der Demoskopie, über sie werde zuverlässig öffentliche Meinung in der demokratischen Gesellschaft bestimmt. So schreibt er:

„Die Meinungsforschung verkennt den fundamentalen Unterschied von Wählen und Meinen. Man kann zwar - und das ist das bewußte und sinnvolle Risiko der Demokratie - wählen, ohne etwas zu meinen - es gilt dem Wahlleiter gleich viel -, aber man kann nicht, jedenfalls nicht mit dem Anspruch, dadurch einen Beitrag zur öffentlichen Meinung zu leisten, meinen, ohne etwas zu meinen. Den durchschnittlich 10-30% der Meinungslosen unter den Befragten wird dieses Kunststück zugemutet.
Was die Meinungsforschung mit ihrem komplizierten Instrumentarium in den Griff bekommt, ist mithin nichts anderes als die *gemeine Meinung*, das „vage Meinen und Raunen“ der älteren Theorie. *Die Tatsache, daß dies ihr Gegenstand ist, er von ihr aber präsentiert wird, als handele es sich um die öffentliche Meinung, die gehört und respektiert werden müsse, muß der Ausgangspunkt für jede Untersuchung ihrer Auswirkung sein.* Das seinem ganzen Wesen nach nicht Repräsentative wird als das Repräsentative ausgegeben.“ (Hennis 1957: 35; Hervorhebung Hennis)

Damit, so argumentiert er weiter, würden sowohl die Plebiszitarisierung des politischen Prozesses als auch die weitere Entwicklung zum Parteienstaat gefördert. So kann es nicht verwundern, daß er diese grundlegenden Vorbehalte gegen das umfragebezogene Verständnis von öffentlicher Meinung letztlich auch gegen den nach seiner Meinung vollkommen falsch verstandenen demokratischen Impetus der repräsentativen Umfrageforschung ins Spiel brachte.

Man wird nicht bestreiten können, daß die Arbeit von Hennis die schärfste und am präzisesten argumentierte Auseinandersetzung in Deutschland mit Logik und Stellenwert der Meinungsforschung darstellt; offenbar hat er seither keinen Anlaß gesehen, davon abzugehen, wie er 1981, in einer Nachfolgeveranstaltung zur Weinheimer Tagung von 1951, noch einmal betont hat (Kaase/Ott/Scheuch 1982: 69-97). So kann nicht überraschen, daß er auch vor der Bundestagswahl 1998 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die politische Umfrageforschung noch einmal massiv kritisiert und sogar das Verbot von Wahlumfragen gefordert hat.

Insgesamt steht Hennis jedoch aus heutigem Blickwinkel mit dieser Kritik im internationalen Wissenschaftsdiskurs weitgehend allein (ohne sich auf ihn zu beziehen, vertritt allerdings Bourdieu 1993 im Zusammenhang mit der Konzeptualisierung von öffentlicher Meinung eine vergleichbare Position). So stellt Converse in einem Aufsatz aus dem Jahre 1987 in Auseinandersetzung nicht direkt mit Hennis, sondern mit Blumer, der in den 50er Jahren in den USA ähnlich wie Hennis argumentiert hatte, fest, daß inzwischen weltweit die Begriffsbestimmung von öffentlicher Meinung als durch repräsentative Umfragen

ermittelter Bevölkerungsmeinung akzeptiert sei. Auch unter demokratietheoretischem Blickwinkel wird heute nicht mehr bezweifelt, daß Ergebnisse der politischen Umfrageforschung als Information über die politische Meinungsbildung der Bürger ein wichtiges ergänzendes Element des politischen Prozesses in Demokratien zwischen Wahlen unter dem Aspekt sind, daß auf diese Weise zusätzliche politische Artikulationschancen für die Bevölkerung eröffnet werden.

Daß dieser Aspekt ein wichtiges Element in freiheitlich verfaßten politischen Systemen ist, wird im übrigen durch den Umgang totalitärer Systeme mit der Umfrageforschung deutlich. Erfahrungen aus den kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen, daß repräsentative Umfrageforschung, wenn überhaupt, dann nur massiv kontrolliert durchgeführt wurde, wobei es dann häufig an den methodischen Grundlagen fehlte; in diesem Zusammenhang ist besonders das durchgängige Fehlen von bewährten Stichprobendesigns für repräsentative Zufallsauswahlen anzumerken. Im übrigen gibt es ein interessantes konkretes Beispiel auch aus der früheren DDR. Dort wurde, auf ausdrückliche Weisung Erich Honeckers, 1978 das beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands plazierte Institut für Meinungsforschung mit der Begründung wieder geschlossen, daß die Spionagetätigkeit des Klassengegners ständig zunehme und alles getan werden müsse, daß ihm keine Informationen und Daten in die Hände fielen (Thomas 1990: 24). Wenn es dann letztlich zur Implosion des SED-Regimes kam, so wurde diese natürlich nicht nur durch dieses Informationsdefizit bewirkt. Man kann aber durchaus die Frage stellen, ob eine zuverlässige Ermittlung der politischen Orientierungen der DDR-Bevölkerung im Zeitverlauf nicht frühzeitig wichtige Signale an die DDR-Führung hätte senden können, daß das DDR-System sich in einem langsamen Prozeß der Destabilisierung durch schwindende Akzeptanz befand.

3. Zur aktuellen Situation der Empirischen Sozialforschung und der Wahlforschung

Wie gerade ausgeführt wurde, kann heute in modernen, demokratisch verfaßten Gesellschaften von einer durchgängigen Akzeptanz der Umfrageforschung im allgemeinen und der Wahlforschung im besonderen ausgegangen werden. Unzweifelhaft haben hierzu methodische Weiterentwicklungen und Standardisierungen entscheidend beigetragen. In diesem Zusammenhang sind hervorzuheben:

- die breite wissenschaftliche Unterfütterung der Umfrageforschung durch die Stichprobentheorie, durch die Lehre von der Fragegestaltung und nicht zuletzt durch die Etablierung von standardisierten Auswertungsstrategien,

- zahlreiche methodische Innovationen, darunter die feste Etablierung von Telefonbefragungen sowie die zunehmende Verwendung von Längsschnittuntersuchungen zur Analyse des sozialen und politischen Wandels,
- die Entwicklung von anerkannten Leistungskriterien und Bewertungsstandards für die Umfrageforschung, und - nicht zuletzt -
- die fruchtbare Kooperation zwischen privatwirtschaftlich und akademisch verfaßter Umfrageforschung.

Ohne dies im einzelnen noch weiter zu begründen, halte ich zusammenfassend fest, daß die systematische Selbstbeobachtung und - in Teilen - Steuerung moderner Gesellschaften ohne die Empirische Sozialforschung und insbesondere ohne die Umfrageforschung undenkbar ist, wobei man den ungeheuren Facettenreichtum positiver wie negativer Implikationen dieser Forschung nicht ignorieren darf.

Selbst wenn man diese positive Wertung bereit ist zu teilen, kann das natürlich keinesfalls automatisch bedeuten, daß die Umfrageforschung/Wahlforschung weitgehend ohne Probleme ist. In diesem Zusammenhang ist ganz besonders die zunehmende Nachfrage nach Ergebnissen der Umfrageforschung durch die Massenmedien und deren Verbreitung durch sie hervorzuheben. Für die Bundesrepublik Deutschland sind mir keine Quantifizierungen dieser Entwicklung bekannt geworden. Für die USA zeigen jedoch Everett Carll Ladd und John Benson in ihrem Buchkapitel „The Growth of News Polls in American Politics“ in dem von Thomas E. Mann und Gary R. Orren herausgegebenen Buch „Media Polls in American Politics“, daß sich in der Zeit zwischen 1968 und 1989 die Nutzung von Ergebnissen der Umfrageforschung in den amerikanischen Massenmedien vervielfacht hat. Im einzelnen halten sie fest, daß

- alle großen Tageszeitungen und Fernsehstationen inzwischen regelmäßig Umfragen durchführen,
- die Zahl der pro Medium und Jahr durchgeführten Umfragen in diesem Zeitraum deutlich angestiegen ist, und zwar bei den Tageszeitungen von 1,7 auf 5,2 Umfragen pro Jahr und bei den Fernsehanstalten von 0 auf 7,1 Umfragen pro Jahr.

Ähnliche Werte dürften sich auch für Deutschland ergeben. Offenbar sind die Ergebnisse der Umfrageforschung tatsächlich ein wichtiges Element der Befassung moderner Gesellschaften mit sich selbst. Darüber hinaus, und das ist für meine Fragestellung von besonderer Bedeutung, werden über die Veröffentlichung von Umfragen in vielerlei Hinsicht auch Referenzpunkte für die Bürger gesetzt, nach denen sie ihre eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen einordnen, beurteilen und möglicherweise sogar ausrichten können. In der Massenkommunikationsforschung wird dieses Problem unter anderem unter dem Konzept der pluralistic ignorance oder sozial-optischen Täuschung behandelt (Noelle-

Neumann und Petersen 1996: 527-530). Darunter ist zu verstehen, daß entweder Mehrheitsmeinungen fälschlich für Minderheitsmeinungen gehalten oder Minderheitsmeinungen fälschlich für Mehrheitsmeinungen gehalten werden. In diesen Zusammenhang läßt sich übrigens ohne weiteres auch die von Elisabeth Noelle-Neumann entwickelte Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann 1989) einbetten, bei der es nicht zuletzt darum geht, daß Bürger sich öffentlich unter genauer Beachtung ihrer sozialen Umwelt äußern.

Daß diese „pluralistische Ignoranz“ außerordentlich folgenreich sein kann, soll im folgenden kurz ein Beispiel aus dem Bereich des Sexualverhaltens demonstrieren. Es stammt aus den 1994 von Robert D. Michael, John H. Gagnon, Edward O. Laumann und Gina Kolata veröffentlichten Buch „Sexwende. Liebe in den 90ern - Der Report“, der ersten methodisch wirklich einwandfreien Untersuchung des Sexualverhaltens der amerikanischen Bevölkerung nach den bahnbrechenden Studien zum Sexualverhalten von Männern und Frauen aus den späten 40er Jahren durch Alfred Kinsey und seine Mitarbeiter (Kinsey u.a. 1963; 1964), der die Datensammlung 1938 begonnen hatte.

Ihre besondere Bedeutung gewinnt die Arbeit von Michael u.a. auf dem Hintergrund von Untersuchungen zum Sexualverhalten in den USA, die zum Beispiel in der Zeitschrift „Playboy“ veröffentlicht worden sind und auf dieser Zeitschrift beigefügte Fragebogen zum Selbstausfüllen basieren; zu nennen sind ferner die aus ähnlichen Quellen stammenden Arbeiten der amerikanischen Autorin Shere Hite (1977; 1982). Den Untersuchungen des Playboy und von Hite ist gemeinsam, daß sie auf Daten von Untersuchungspersonen beruhen, die in geradezu exzessiver Weise durch Selbstselektion der „Stichprobe“ verfälscht sind. Ohne auf diese Studien näher einzugehen, kann doch zusammenfassend gesagt werden, daß ihre Ergebnisse das wirkliche Verhalten und die Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung im Bereich der Sexualität vollkommen unzutreffend wiedergeben.

Nun könnte man darüber leicht zur Tagesordnung übergehen. Allerdings würde dabei aus dem Blick geraten, daß die Menschen ihre eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen eben, wie weiter vorne gesagt, auch und nicht zuletzt nach dem beurteilen, was ihrer Meinung nach andere Menschen glauben und tun. Zu diesem Problem äußern sich Michael u.a. (1994: 9) wie folgt:

„Amerika hat in Sachen Sex eine Botschaft für uns, und diese Botschaft kommt massiv. Wer sich einen Kinofilm ansieht, eine Zeitschrift liest oder auch nur den Fernseher einschaltet, wird mit ihr konfrontiert. Die Botschaft lautet, daß fast jeder, man selbst ausgenommen, am laufenden Band aufregenden, abwechslungsreichen Sex erlebt.
Wir haben jedoch festgestellt, daß das Bild der Sexualität in der amerikanischen Öffentlichkeit in keiner Weise der Wirklichkeit entspricht. Die öffentliche Meinung wird von einem Sexmythos beherrscht, der schädliche Folgen haben kann. In harmlosen Fällen sind es nur unrealistische Vorstellungen, schlimmstenfalls jedoch gefährliche Fehleinschät-

zungen, die sich der einzelne über das sexuelle Verhalten seiner Mitmenschen macht. Die daraus resultierenden falschen Erwartungen können die Selbstachtung untergraben, das gemeinsame Leben in Ehe und Partnerschaft beeinträchtigen und sogar die Gesundheit schädigen." (Michael u.a. 1994: 9)

Gegen dieses Beispiel aus dem Bereich des Sexualverhaltens mag man einwenden, daß es in besonderer Weise geeignet sei, die Problematik methodischer Defizite der Umfrageforschung hervorzuheben, ja zu übertreiben. Dem soll im folgenden entgegengehalten werden, daß ähnliche Probleme durchaus auch im Bereich der Analyse des Wahlverhaltens auftreten können.

Um die möglichen Wirkungen eventueller Datenverzerrungen durch Qualitätsdefizite der Umfrageforschung angemessen einschätzen zu können, muß zunächst einmal in Erinnerung gerufen werden, daß sich in den letzten 30 Jahren die klassischen, die großen parteienstützenden sozial-moralischen Milieus (Lepsius 1993) zunehmend in Auflösung befinden. Damit ist die Verfügbarkeit der Wähler für kurzfristige Einflüsse unterschiedlicher Art auf ihr Wahlverhalten zunehmend gewachsen; kaum etwas verdeutlicht diese Entwicklung vermutlich besser als ein Ergebnis der Infratest Dimap Wahltagsbefragung zur Bundestagswahl 1998, nach der 16 Prozent der befragten Wähler sich erst am Tag der Wahl für eine bestimmte Partei entschieden haben (Rettich und Schatz 1998: 6). Damit war bis zum Tag der Wahl vollkommen offen, ob die alte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP wiedergewählt würde oder ob die Entscheidung, wie letztlich dann geschehen, zugunsten eines Regierungswechsels ausgefallen ist.

Es ist schon lange bekannt, daß Umfragen vor einer Wahl bei taktischen Wählern, wenn es darum geht, die Erststimme und Zweitstimme auf unterschiedliche Parteien zu verteilen, eine gewichtige Informationsfunktion für deren Entscheidung gehabt haben (Brettschneider 1991: 137-141). Diese Befunde bestätigt Schmitt-Beck (1996) auf der Grundlage von Inhaltsanalysen ausgesuchter Printmedien und elektronischer Medien einerseits und Umfragen andererseits, wobei er zusätzlich darauf hinweist, daß, jedenfalls bei der Bundestagswahl 1990, der Einfluß solcher Informationen aus den Massenmedien sich besonders im Wahlverhalten von an bestimmte Parteien nicht gebundenen Wählern bemerkbar gemacht hat. Solche Befunde sind im übrigen auch deswegen nicht trivial, weil zunehmend davon ausgegangen werden kann, daß Wahlen in die eine oder andere Richtung durch relativ kleine Teile des Elektorats entschieden werden.

Nun wäre es völlig falsch, solche Befunde als Argument für ein Verbot der Durchführung bzw. der Veröffentlichung von politischen Umfragen generell oder auch nur kurz vor der Wahl zu benutzen. Die Erfahrung über viele Jahre und in vielen Ländern hat gezeigt, daß solche Verbote nicht beachtet werden; hinzu tritt noch der Umstand, daß über die Inter-

nationalisierung der Umfrageforschung besonders die Durchführung von Telefonumfragen aus einem anderen als dem in Frage stehenden Land ohnehin nicht mehr verhindert werden kann und damit auch anzunehmen ist, daß es so oder so zu einer Publikation von Ergebnissen kommt. Der große Nachteil einer solchen Konstellation wäre dann, daß Ergebnisse aus Umfragen nur selektiv zugänglich sind und sie zu strategischen Zwecken politisch mißbraucht werden können, weil sie nicht über einen Vergleich mit öffentlich zugänglichen Ergebnissen anderer Umfragen, die etwa zur gleichen Zeit durchgeführt worden sind, kontrolliert werden können.

Sehr wohl sollten aber Arbeiten wie die von Brettschneider und Schmitt-Beck die Reflexion über einerseits die Qualität von Umfragen und andererseits über den verantwortlichen Umgang mit ihnen befördern, wobei hier sowohl die Forschungsinstitute als auch die Auftraggeber der Forschung angesprochen sind.

4. Zur Qualität von Umfragen und zum verantwortlichen Umgang mit ihren Ergebnissen

Natürlich handelt es sich bei beiden Aspekten, der Qualität und dem Ergebnisumgang, um komplexe Themen, die hier nur kurz angesprochen werden können. Bezüglich der Qualität wird man sicher davon ausgehen können, daß jeder Auftragnehmer, der sich zumindest einige Zeit im Markt behauptet hat, auch an der Einhaltung bestimmter Qualitätsmaßstäbe interessiert sein wird. Genauso liegt auf der Hand und hat sich vielfältig bestätigt, daß der gute Wille allein noch nicht ausreicht, um Umfragen kontinuierlich auf hohem Qualitätsniveau durchzuführen. Hier gibt es eine Reihe von Dilemmata, denen sich die Institute gegenübersehen und die an dieser Stelle nur kurz und selektiv aufgezählt werden sollen. Darunter fallen

- unzureichende Finanzmittel,
- Zeitdruck,
- unzureichende Personalausstattung,
- unterqualifiziertes Personal,
- Auftraggeberintransigenz,
- Auftraggeberabhängigkeit, und, nicht zuletzt,
- ein fehlender Konsens über zentrale Qualitätskriterien der Umfrageforschung und Kontrollmechanismen im Markt, welche die mehrheitlich als unabdingbar angesehenen Qualitätskriterien und deren Einhaltung überwachen.

Natürlich haben sich Verbände der Marktforschungsinstitute Verhaltenskodices gegeben, in denen Qualitätskriterien der Umfrageforschung fixiert sind; zunehmend lassen sich in

Deutschland und anderswo solche Institute auch nach der international gültigen Qualitätsnorm ISO 9000 zertifizieren. Dennoch steht der Implementation solcher Standards nicht zuletzt häufig entgegen, daß es auf der Seite der Auftraggeber an Personen mangelt, die über eine ausreichende Kenntnis der Verfahren der Umfrageforschung verfügen und ausschließlich nach Kostengesichtspunkten bewerten. Andererseits zeigt sich immer wieder, daß die Institute, falls sie dies wirklich wollen, durchaus einen Spielraum für die Setzung und Einhaltung hoher Qualitätsstandards besitzen. Belege für das Vorhandensein eines hohen Qualitätsbewußtseins können unter anderem sein

- öffentlich zugängliche Publikationen, die aus ihrer Arbeit erwachsen sind,
- Berichte über Ergebnisse von am Institut durchgeführten Methodenforschungen,
- die Weitergabe der erhobenen Daten (natürlich mit Erlaubnis der Auftraggeber und nach einer diesen angemessen erscheinenden Karenzzeit) direkt seitens des Instituts oder über den Umweg eines öffentlich zugänglichen Datenarchivs wie etwa das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.

Übrigens möchte ich, angesichts des heute gefeierten 25jährigen Jubiläums der Forschungsgruppe Wahlen, hervorheben, daß sie in allen drei genannten Aspekten vorbildlich handelt. In diesem Zusammenhang ist ferner positiv zu vermerken, daß das Zweite Deutsche Fernsehen der Forschungsgruppe diese Qualitätsarbeit auch ermöglicht.

Mit dem Verweis auf das ZDF ist nun der Aspekt des Umgangs mit den Ergebnissen der Umfrageforschung angesprochen. Wie schon weiter vorn ausgeführt worden ist, sind insbesondere die Massenmedien an den Ergebnissen von Umfragen zu den unterschiedlichsten Themen interessiert; ihre Verwendung gehört heute unzweifelhaft zur normalen journalistischen Praxis. Damit geht es auch um das Rollenverständnis der Journalisten bezüglich des Umgangs mit dieser Art von Information, wobei man, wie das folgende Zitat von Robert Leicht zeigt, den Eindruck gewinnen könnte, daß die Journalisten bei der Nutzung von Demoskopie die Probleme vor allem dort, nicht aber bei sich selbst sehen.

„Eigentlich gibt es kaum zwei Gewerbezweige, die einander so ähnlich sind, wie der Journalismus und die Demoskopie: Beide stellen sie Ermittlungen an, beide befriedigen sie, gegen Geld natürlich, mit ihren Ermittlungen die Neugier ihrer Abnehmer.
Gleichzeitig gibt es nur wenige Gewerbe, die einander so fremd sind, oder besser vielleicht: sein sollten, wie der Journalismus und die Demoskopie. Denn idealiter, oder sagen wir genauer: idealtypischerweise verdankt der Journalismus seine Bedeutung seinem Wirken im vollen Licht der Öffentlichkeit, mit seiner politischen Kritik konterkariert er Herrschaftswissen. Die Demoskopie hingegen sammelt Herrschaftswissen, und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse geschieht oft genug, wenngleich nicht immer für jedermann erkennbar, im partiellen oder parteilichen Herrschaftsinteresse.“ (Leicht 1999: 44)

Nun kann natürlich auch die Umfrageforschung, wenn sie auf zuverlässiger Grundlage und verantwortlich erfolgt und ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich macht, Herrschaftswissen konterkarieren. Da die Diffusion von Ergebnissen der Umfrageforschung in den demokratischen öffentlichen Meinungsbildungsprozeß hinein jedoch in der Regel über die Massenmedien und damit über Journalisten erfolgt, liegt es nahe zu überprüfen, wie es denn konkret mit dem Qualitäts- und Problembewußtsein der Journalisten und Medien im Umgang mit dieser Art von Information aussieht. Hier existiert für den Bereich der Wahlforschung erfreulicherweise eine konkrete Untersuchung von Frank Brettschneider (1996), der die Berichterstattung über Wahlumfragen in den vier nationalen Qualitätszeitungen „Frankfurter Rundschau", „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Welt" für die Bundestagswahl 1980 bis 1994 untersucht hat. Dabei fand er 443 solcher Berichte, davon allein 38 Prozent vor der Bundestagswahl 1994; ferner ist die Berichterstattung in den genannten Tageszeitungen seit 1980 kontinuierlich angestiegen. Er hat nun untersucht, welche von den acht Angaben zur jeweiligen Umfrage, die in der sozialwissenschaftlichen Profession für deren Qualitätseinschätzung als wichtig bis unabdingbar gelten, in den genannten Medien auch berichtet wird. Brettschneiders Befunde sprechen leider nicht für ein besonderes Qualitätsbewußtsein der Journalisten im Umgang mit Umfragen, denn dokumentiert wurden die acht Kriterien in folgender Häufigkeit, wobei sich nur geringe Unterschiede zwischen den vier genannten Tageszeitungen ergaben:

- Umfrageinstitut 97,9 %
- Grundgesamtheit 71,8 %
- Zeitpunkt der Befragung 63,4 %
- Stichprobengröße 59,2 %
- Auftraggeber 57,0 %
- Methode 52,1 %
- Wortlaut der Frage 33,1 %
- Stichprobenfehler 2,8 %

Diese Ergebnisse zeigen, daß es, ganz anders als in den USA, in der Bundesrepublik ein erhebliches Verbesserungspotential für die Dokumentation von Umfragen in den Massenmedien gibt; es ist erkennbar, daß es für Journalisten noch nicht selbstverständlich ist, Ergebnisse so in Sachinformationen zur Umfrage einzubetten, daß für den interessierten und einigermaßen informierten Leser eine vernünftige Chance besteht, die Angaben in bezug auf ihre Zuverlässigkeit und Qualität einigermaßen angemessen zu beurteilen.

Selbst wenn also die Situation in diesem Bereich noch unbefriedigend ist, muß man dennoch positiv vermerken, daß die Veröffentlichung von Ergebnissen der Umfrageforschung insbesondere vor Wahlen heute zum Standard der Vor- und Nachwahlberichterstattung in

den Massenmedien gehört. Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß in der Bundesrepublik inzwischen durch die regelmäßige Verfügbarkeit einer Mehrzahl von Umfrageergebnissen von unterschiedlichen Instituten eine offene Meinungsbildung der Bürger möglich geworden ist. Es ist unverzichtbar, daß die deutschen Printmedien und elektronischen Medien auch in Zukunft diese Aufgabe der Information der Wählerschaft wahrnehmen und dies verantwortlich sowie auf höherem Qualitätsniveau als bisher geschieht.

5. Zukunftsperspektiven der Umfrage- und Wahlforschung

Nach meiner Auffassung wird die Umfrageforschung so lange, wie Gesellschaften pluralistisch-demokratisch verfaßt sind, ihre doppelte Aufgabe weiter erfüllen und erfüllen können, nämlich

- die Information über die Bürger, d. h. der Gesellschaft über sich selbst, und
- die Information der Bürger.

Genauso selbstverständlich erscheint mir, daß unter den genannten Bedingungen auch Demokratie und Wahlforschung ein Paar bleiben werden. Natürlich behält die Forderung nach bedachtsamem und kompetentem Umgang mit aus der Umfrageforschung gewonnenen Informationen ihre Bedeutung. Gerade habe ich ja darauf hingewiesen, daß es hier meines Erachtens noch ein erhebliches Potential für Verbesserungen gibt, die bald in Angriff genommen werden sollten. An dieser Stelle sind in erster Linie die Massenmedien gefordert, unterstützt von qualitätsbewußten Instituten, die ein Eigeninteresse daran haben, auch öffentlich zu machen, daß sie nach hohen Qualitätsstandards arbeiten.

Unter demokratietheoretischer Perspektive wird die Ambivalenz der politischen Umfrageforschung auch in Zukunft erhalten bleiben. Einerseits erscheint sie mir als ein unverzichtbares Mittel, um den Bürger für seine Wahlentscheidung möglichst viele Daten in die Hand zu geben. Andererseits sind die schon so früh von Wilhelm Hennis geäußerten Sorgen, die politische Umfrageforschung mache die Politiker zum Spielball von öffentlichen Tageslaunen und beeinträchtige die Neigung wie Fähigkeit der politischen Eliten, ihre Entscheidungen in erster Linie auf der Grundlage eines rationalen Sachdiskurses und in Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeit für das Allgemeinwohl zu treffen, sicherlich nicht unbegründet. Diese Ambivalenzen gehören jedoch zur Demokratie; sie muß mit ihnen leben und sie in angemessener Weise institutionell sowie prozedural zu beherrschen. Darüber hinaus scheint es mir, daß, selbst wenn man diese Sorgen ernst nimmt, hier der Einfluß der politischen Umfrageforschung doch überschätzt wird.

Allerdings wird sich die Umfrageforschung und mit ihr die Wahlforschung bald schon neuen methodischen Herausforderungen gegenübersehen. Dies gilt nicht nur deswegen, weil es zunehmend schwieriger wird, die Bürger zur freiwilligen Teilnahme an Befragungen zu gewinnen. Es gibt auch Anzeichen, daß die klassische persönliche Befragung von Angesicht zu Angesicht immer stärker an Bedeutung verlieren wird. Gegenwärtig ist es noch eine offene Frage, ob der Siegeszug der Telefonumfragen hier ein volles und auf lange Zeit tragfähiges Äquivalent darstellen wird. Ich meine, daß manches dafür spricht, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis über elektronische Netze wie z. B. das Internet kontinuierliche repräsentative Befragungen von Personen und Haushalten, die in ein vertragliches Verhältnis zum durchführenden Institut rekrutiert worden sind, eine große Rolle spielen werden. Dies gilt um so mehr, als eine Initiative der Telekommunikationsindustrie zusammen mit der bis 1998 amtierenden Bundesregierung sich zum Ziel gesetzt hat, alle deutschen Haushalte spätestens bis zum Jahre 2010 mit einem Netzzugang und mit multimediafähigen Endgeräten auszustatten. Damit würden dann allerdings ganz andere Probleme in den Mittelpunkt des Interesses gelangen, die auch die Qualität des demokratischen Prozesses berühren können (elektronische Demokratie). Entsprechend dürfte sich die Wahlforschung zu Beginn des neuen Jahrhunderts mit neuen methodischen, technologieinduzierten Herausforderungen konfrontiert sehen.

Wie diese Herausforderungen im einzelnen bewältigt und gestaltet werden, vermag ich heute nicht zu sagen. Am Ende dieses Referats möchte ich aber meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die Umfrage- und Wahlforschung auch unter gravierend veränderten Rahmenbedingungen ihre Bedeutung und Funktionsfähigkeit für Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft behalten wird. Wenn ich nun den Anlaß der heutigen Veranstaltung - 25 Jahre Forschungsgruppe Wahlen - bedenke, dann möchte ich nicht mit großen Problemszenarios, sondern in dem eben angesprochenen Sinne optimistisch enden und Herbert Asher und seiner Adaption des Textes von Ira Gershwin zu dem wunderschönen Lied von George Gershwin aus dem Film „Ein Amerikaner in Paris“ das letzte Wort geben:

It's very clear
The polls are here to stay;
Not for a year,
But ever and a day.

The interviews and the questionnaires
And the pollsters that we know
Aren't just passing fancies -
Oh, my goodness, no!

The media
Love polls in every way.
It matters not
If polls have scant to say.

In time statistics may numb you,
Results may stun you.
Wait for another day,
For - the polls are here to stay.
- with apologies to George Gershwin
(Asher 1995: 163)

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. Max Kaase
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Literatur

Adorno, T. W. 1952. Zur gegenwärtigen Stellung der Empirischen Sozialforschung in Deutschland. S. 27-39 in: Institut für öffentliche Angelegenheiten (Hg.), Empirische Sozialforschung. Frankfurt am Main.

Asher, H., 1995: Polling and the Public. What Every Citizen Should Know. Washington, D.C.: CQ Press.

Bourdieu, P., 1993: Die öffentliche Meinung gibt es nicht. S. 212-223 in: Pierre Bourdieu (Hrsg.), Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brettschneider, F., 1991: Wahlumfragen. München: Minerva Publikation.

Brettschneider, F., 1996: Wahlumfragen und Medien - Eine empirische Untersuchung der Presseberichterstattung über Meinungsumfragen vor den Bundestagswahlen 1980 bis 1994. Politische Vierteljahresschrift 37: 475-493.

Campbell, A./R. L. Kahn, 1952: the people elect a president. Ann Arbor: Survey Research Center, Institute for Social Research, University of Michigan.

Converse, P. E. 1987: Changing Conceptions of Public Opinion in the Political Process. Public Opinion Quarterly 51: 212-224.

Crespi, L. P., 1951: America's Interest in German Survey Research. S. 215-217 in: Institut für öffentliche Angelegenheiten (Hg.), Empirische Sozialforschung. Frankfurt am Main.

Hennis, W., 1957: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Zur Kritik politischer Umfragen. Tübingen: JCB Mohr.

Hennis, W., 1982: Podiumsdiskussion auf der wiss. Jahrestagung des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute (ADM) und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute (ASI) am 1. und 2. Oktober 1981 in Heidelberg. S. 69-97 in: Max Kaase/Werner Ott/Erwin K. Scheuch (Hrsg.), Empirische Sozialforschung in der modernen Gesellschaft. Frankfurt/New York: Campus.

Hetterich, V., 1998: Die Längsschnittanalyse von Wahlkämpfen: Veränderungen von Wahlkampfstrategien und -führung der Parteien. Dissertation an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Hite, S., 1977: Hite-Report. Das sexuelle Erleben der Frau. München: Bertelsmann 1976.

Hite, S., 1977: Hite-Report. Das sexuelle Erleben des Mannes. München: Bertelsmann 1982.

Huntington, S. P., 1991: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman und London: The University of Oklahoma Press.

Kaase, M., 1982: Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? S. 173-189 in: J. Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kinsey, A. C., u.a. 1963: Das sexuelle Verhalten der Frau. Berlin und Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Kinsey, A. C., u.a. 1964: Das sexuelle Verhalten des Mannes. Berlin und Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Ladd, E. C./J. Benson, 1992: The Growth of News Polls in American Politics. S. 19-31 in: T. E. Mann/G. R. Orren (Hrsg.), Media Polls in American Politics. Washington, D.C.: The Brookings Institution.

Lazarsfeld, P. F., 1975: Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung: Erinnerungen. S. 147-225 in: Talcott Parsons/Edward Shils/Paul F. Lazarsfeld, Soziologie - autobiographisch. Drei kritische Berichte zur Entwicklung einer Wissenschaft. Stuttgart: Deutscher Taschenbuch-Verlag/Ferdinand Enke Verlag.

Lazarsfeld, P. F./B. Berelson/H. Gaudet, 1944: The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. New York: Duell, Sloan and Pearce.

Leicht, R., 1999: Journalismus und Demoskopie. S. 39-44 in: J. Scharioth (Hg.), Forschung und Handeln. Umsetzung empirischer Befunde in Politik und Wirtschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Lepsius, R. M., 1993: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. S. 25-50 in: M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Merritt, A. J./R. L. Merritt, 1970: Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945 - 1949. Urbana, Chicago und London: The University of Illinois Press.

Merritt, A. J.,/R. L. Merritt 1980: Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949 - 1955. Urbana, Chicago und London: The University of Illinois Press.

Merritt, R. L., 1995: Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945-1949. New Haven und London: Yale University Press.

Michael, R. D., u.a. 1994: Sexwende. Liebe in den 90ern - Der Report. München: Knaur.

Noelle-Neumann, E., 1987: Frau Professors Fragen gehen unter die soziale Haut. Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 37 vom 11. September 1987 (Merkur extra Demoskopie), S. 30.

Noelle-Neumann, E., 1989: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt am Main/Berlin: Ullstein.

Noelle-Neumann, E./T. Petersen 1996: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.

Rettich, M./R. Schatz 1998: Amerikanisierung oder Die Macht der Medien. Bundestagswahl 1998: Die MEDIEN TENOR-Analyse der Berichterstattung und ihrer Auswirkung auf das Wählervotum. Bonn u.a.: Innovatio Verlag.

Schaefer, W. und M. Miller 1998: Schwierigkeiten der Umfrageforschung in den fünfziger Jahren in Deutschland: Erinnerungen und Beobachtungen. ZUMA-Nachrichten 43: 8-35.

Schmitt-Beck, R., 1996: Mass Media, the Electorate, and the Bandwagon. A Study of Communication Effects on Vote Choice in Germany. International Journal of Public Opinion Research 8: 266-291.

Stouffer, S. A., u.a. 1950: Studies in Social Psychology in World War II. 4 Bände. Princeton: Princeton University Press.

Thomas, R., 1990: Zur Geschichte der soziologischen Forschung in Deutschland. S. 9-35 in: H. Timmermann (Hrsg.), Lebenslagen. Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands. Saarbrücken-Scheidt: Verlag Rita Dadder.